

Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch,
Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Endlich effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus an
Schulen umsetzen!**

Hamburg steht vor dem Problem des Umgangs mit Salafistinnen/Jihadistinnen und Salafisten/Jihadisten. Es werden immer mehr Fälle öffentlich, in denen sich insbesondere junge Menschen, dem salafistischen Spektrum und dem gewaltbereitem Islamismus zugehörig fühlen. Sie sind frei organisiert, häufig aber auch in bekannten Gruppierungen. Es ist bekannt, dass Personen aus diesen islamistischen Milieus gerade junge Menschen für ihre radikale Gesinnung und Zwecke gewinnen möchten.

An Schulen wurde beobachtet, dass Schülerinnen und Schüler grüppchenweise mit dem IS oder al-Qaida sympathisieren. Es gab Vorfälle, in denen einige Schüler/-innen ihre Mitschüler/-innen auf ihrer Ansicht nach „unislamisches Verhalten“ hingewiesen haben. An unterschiedlichen Schulen in verschiedenen Stadtteilen wird die Radikalisierung von Schülern/-innen beobachtet. Fälle, in denen Jugendliche nach Syrien ausgereist sind, sind öffentlich bekannt geworden. Auch gab es Bedrohungen seitens der Salafistinnen und Salafisten gegenüber Schülerinnen und Schülern.

Es gibt an Schulen kein einheitliches Aufklärungskonzept zu dem Problem des Salafismus/Jihadismus. Aufklärungen und Schulungen sowohl für Lehrer/-innen und Schüler/-innen finden lediglich punktuell statt. In den meisten Fällen bleiben Fragen der Schüler/-innen, aber auch der Lehrer/-innen zu dem Thema unbeantwortet. Die Einbeziehung des Landesinstituts für Lehrerfortbildung (LI) erfolgt lediglich nach Verdacht und in Einzelfällen (siehe Drs. 21/2622).

Dies wird jedoch dem Phänomen des islamistischen Salafismus in Hamburg und auf Hamburgs Schulhöfen nicht gerecht. Der Senat erkennt die Problematik zwar, allerdings nicht hinreichend, denn seine Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus reichen nicht aus, um das Problem präventiv, effektiv und nachhaltig zu beheben.

Insbesondere junge Menschen müssen bereits in der Schule die Gelegenheit erhalten, sich mit der Thematik der Radikalisierung, des Salafismus und Jihadismus auseinanderzusetzen, um gerade die gewaltbereiten Strömungen ethisch einordnen zu können. Auch muss ihnen von pädagogischer Seite vermehrt die Möglichkeit gegeben werden, über eigene Probleme, wie beispielsweise strukturelle Benachteiligung und Alltagsrassismus zu sprechen, sodass auch die Lehrer/-innen für die Probleme der jungen Menschen, die sie für Radikalisierung anfällig machen könnten, sensibilisiert werden.

Der Anschluss junger Menschen an jihadistische Gruppen ist ein soziales und gesellschaftliches Problem, das auch und gerade in Schulen aufgefangen werden muss.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. verbindlich stattfindende Fortbildungen und Weiterqualifizierungen des gesamten Lehrkörpers zum Themenkomplex Radikalisierung, Salafismus und Islamismus und der Sensibilisierung dafür im Umgang mit Schülern/-innen zu implementieren.
2. neue Unterrichtseinheiten zum Themenkomplex als Module in den Fächern Religion/Ethik beziehungsweise Philosophie ausgearbeitet für jede Jahrgangsstufe unter Mitarbeit des LI zu entwickeln.